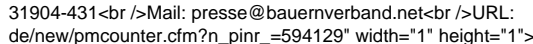




'Sonderrolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz anerkennen'

"Sonderrolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz anerkennen"
Rukwied fordert Verbesserung der Effizienz der Produktion auf dem Weltbauernntag in Mailand
Die politische Absicht, langfristig auf die Nutzung von fossilen Energieträgern zu verzichten, ist eine Chance aber auch eine große Herausforderung für die Landwirtschaft. Dies bekräftigte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, anlässlich des Weltbauerntages in Mailand (26. Juni 2015). "Die Steigerung der globalen Nahrungsmittelproduktion zur Sicherung der Welternährung ist unsere vordringlichste Aufgabe, die nicht durch überzogene Ziele beim Klimaschutz torpediert werden darf." Der Landwirtschaft müsse deshalb bei den anstehenden Klimaverhandlungen in Paris im Dezember 2015 eine Sonderrolle zugestanden werden, so der Bauernpräsident auf dem Panel über Lösungen zur Begegnung des Klimawandels. Wenn die Landwirtschaft ihre Produktion über eine Verbesserung der Ressourceneffizienz erhöhe, verursache sie sogar weniger Emissionen. "So haben die deutschen Bauern die Methanemissionen seit 1990 um 21 % gesenkt und dabei 25 % mehr Fleisch und 6 % mehr Milch erzeugt", hob Rukwied hervor. Diese nachhaltige Verbesserung der Effizienz sei weltweit der Weg, um das Klima zu schützen und gleichzeitig die Anforderungen zu erfüllen, eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.
Die notwendigen Anpassungen an die Erwärmung des Klimas stelle die Landwirtschaft aber vor gewaltige Herausforderungen. "Die Landwirtschaft ist einer der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Sektoren. Wir brauchen intelligente Strategien, um die Wasserversorgung sicherzustellen, die Gesundheit von Pflanzen zu gewährleisten und neue dem Klimawandel angepasste Sorten zu entwickeln", betonte Rukwied. Über die Bioenergie leiste zudem die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag. "In Deutschland wurden durch die Bioenergie im Jahr 2013 bereits 64 Mio. t CO₂-Äquivalent vermieden, mehr als ein Achtel des deutschen Klimagasausstoßes", stellte der Bauernpräsident fest. Schon deshalb nehme die Landwirtschaft eine Sonderrolle beim Klimaschutz ein.
Neben dem Klimaschutz wurden auf dem Weltbauernntag auch die Probleme der Welternährung, die Nutzung moderner Technologien und die sozialen Entwicklungen in Landwirtschaft und auf dem Land diskutiert. Die Mitgliederversammlung der Weltbauernorganisation (World Farmers Organisation, WFO) findet vom 24. bis 27. Juni in Mailand statt. Bauernvertreter von 70 Verbänden aus 50 Ländern aller Kontinente nehmen daran teil.
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>


Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.